



PRESSE

PRESSEMITTEILUNGEN

12. SEPTEMBER 2012 - PRESSE

Erziehungsleistungen von Frauen in der Rente gleich bewerten: KDFB und kfd verstärken den Druck auf politisch Verantwortliche

Im Vorfeld der anstehenden Beratungen und Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Rente appellieren die beiden großen katholischen Frauenverbände, die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), in einem gemeinsamen Brief an die Regierungsfractionen, die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente generationengerecht zu behandeln.

"Die Lebensleistung von Müttern, die vor 1992 ihre Kinder zur Welt brachten, muss bei der Rente ebenso mit drei Entgeltpunkten pro Kind bewertet werden wie die Erziehungsarbeit jüngerer Frauen", fordern kfd-Bundvorsitzende Maria Theresia Opladen und KDFB-Präsidentin Dr. Maria Flachsbarth. Beide Verbände halten diese Veränderung des Rentenrechts für zwingend notwendig, um tatsächliche Generationengerechtigkeit herzustellen und der Altersarmut von Frauen vorzubeugen. Bisher findet die Leistung dieser Mütter, die zugunsten von Erziehungs- und Familienarbeit, fehlender Kinderbetreuung oder aufgrund der Vorbehalte des Ehemannes auf eine eigene Berufsausübung verzichteten oder diese erheblich reduzierten, auch im Konzept der aktuell diskutierten Zuschussrente keine adäquate Berücksichtigung.

KDFB und kfd sehen aufgrund der enormen Resonanz auf ihre gemeinsame Unterschriftenaktion "Mehr Generationengerechtigkeit bei der Rente", bei der innerhalb

von nur sieben Wochen über 202.000 Unterschriften gesammelt und vor der parlamentarischen Sommerpause an Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen übergeben wurden, eine deutliche Zustimmung zu einer gleichen Anerkennung von Erziehungszeiten. "Fakt ist, dass ältere Frauengenerationen von Altersarmut besonders betroffen sind. Wir wollen nicht zulassen, dass Frauen, die die Sorge um die Familie stets in den Vordergrund stellten, nun zu den Verliererinnen unserer Gesellschaft werden", erklären Flachsbarth und Opladen übereinstimmend.

Um ihrer Forderung nach Rentengerechtigkeit mehr Nachdruck zu verleihen, rufen beide Frauenverbände ihre Mitglieder auf, Kontakt mit ihren Bundestagsabgeordneten aufzunehmen. Dazu steht auf den Internetseiten www.kfd.de und www.frauenbund.de ein Musterbrief zur Verfügung. "Je mehr Frauen und Männer aller Generationen sich an die politisch Verantwortlichen wenden und durch Briefe oder Gespräche eine Gleichbehandlung bei der Anerkennung von Erziehungszeiten fordern, umso stärker bringen sie damit zum Ausdruck, dass sie bestehende Verhältnisse aktiv ändern und Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nehmen wollen", lautet die Position von kfd und KDFB hinsichtlich der politischen Beteiligung an aktuellen Rentendiskussionen.

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) ist ein unabhängiger Frauenverband mit bundesweit 220.000 Mitgliedern. Seit der Gründung 1903 setzt er sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik und Kirche ein.

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit über 600.000 Mitgliedern der größte katholische Verband in der Bundesrepublik. Sie setzt sich für die Interessen von Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft ein.

KONTAKT

Saskia Bellem

Pressesprecherin

Telefon: 0211 44992-25

Mobil: 0172 8718544

saskia.bellem@kfd.de

STAND: 12.09.2012